



Bericht zur Fokusveranstaltung

## **„Kommunale Gleichstellungsarbeit als Regionalentwicklung“ vom 03.03.2023**

Die Entwicklung ländlicher Räume und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist für Thüringen Ziel und Herausforderung zugleich. Eine wichtige Rolle spielen dabei Fragen der Gleichstellung. Eine nachhaltige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung, die sich den Herausforderungen von Krisen und demografischen Wandel gewappnet sieht, braucht die Berücksichtigung einer geschlechtsspezifischen Dimension.

Die Rolle und Wirkung auf die regionale Entwicklung Thüringens durch die Gleichstellungsbeauftragten in den Landkreisen und Gemeinden mit einer Bevölkerung von mehr als 20 000 Personen stand im Fokus der Veranstaltung. Diese wirken maßgeblich darauf hin, dass die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter erreicht wird. Sie handeln dabei im Auftrag der Thüringer Verfassung und mit Rückendeckung durch das Thüringer Gleichstellungsgesetz. Sie sollten als Expert:innen für Regionalentwicklung, für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Krisenbewältigung wirken können und wahrgenommen werden.

In der alltäglichen praktischen Arbeit stoßen die Beauftragten jedoch auch auf Widerstände, Beharrungskräfte und erleben mangelnde Unterstützung und Wirksamkeit. Der Berücksichtigung einer geschlechtsspezifischen Perspektive wird trotz des Stellenwerts in der Bearbeitung von Problemlagen ländlicher Räume zu wenig Beachtung beigemessen.

Die Veranstaltung begann mit einleitenden Worten zum laufenden Beteiligungsprozess durch die Landesgleichstellungsbeauftragte Gabi Ohler und der Vorstellung erster Auszüge aus dem sich in Erarbeitung befindlichen Dritten Thüringer Gleichstellungsbericht.

Im Anschluss daran wurde die Studie „Gleichstellung als Regionalentwicklung. Zur Situation der kommunalen Gleichstellungsarbeit in ländlichen Räumen Deutschlands“ vom 12. Oktober 2019 (vgl. <https://www.frauenbeauftragte.org/l%C3%A4ndliche-r%C3%A4ume/bag-studie-gleichstellung-als-regionalentwicklung>) der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen durch Bundessprecherin Roswitha Bocklage und Referentin Sira Eberlin vorgestellt.

Die Studie zeigt die Situation kommunaler Gleichstellungsarbeit in ländlichen Räumen auf. Wesentliche Themen- und Arbeitsschwerpunkte sind: Gewalt gegen Frauen, Gleichstellungsarbeit, Frauen und Beruf, Vereinbarkeit, Beruf und Familie, politische Partizipation und Repräsentation und Rollenbilder. Hauptschwerpunkt liegt auf der Tätigkeit von Gleichstellungsbeauftragten in ländlichen Räumen, deren wesentliche Arbeitsschwerpunkte sind ergänzend: Mobilität, Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Demografie.



Frau Eberlin und Frau Bocklage bei der Vorstellung der Studie;  
Foto: Friederike Theile

Im Rahmen einer Mentimeterabstimmung zu benötigten Verbesserungen in den Kommunen entstand folgendes Bild durch die Teilnehmenden:

Go to [www.menti.com](https://www.menti.com) and use the code 6504 1434

Was ist das erste Thema, das Sie in Ihrer Kommune oder in Ihrem Landkreis in der Regionalentwicklung angehen würden?

Mentimeter



19

Copyright: <https://www.mentimeter.com/>.

Im Ergebnis der Studie zeigt sich, dass Kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Deutschland strategisch arbeiten, vielseitig und vernetzt sind, um Gleichstellung in ländlichen Räumen voranzubringen. Prozesse kontinuierlich weiterzuführen, um langfristig notwendige Veränderungen anzustoßen und umzusetzen, ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen allerdings nur schwer möglich. Eine Veränderung auf der strukturellen Ebene innerhalb und außerhalb der Verwaltung ist daher ebenso wichtig, wie ein politisches Umdenken, um Gleichstellung in ländlichen Räumen voranzubringen.

Aus den Ergebnissen der Studie hat die BAG folgende Politikempfehlungen abgeleitet:

1. Verwaltung, Politik, Daten (Gleichstellung als Querschnittsaufgabe, Novellierung/Reformierung Landesgleichstellungsgesetze hin zu Weisungsfreiheit, Öffentlichkeitsarbeit und Sanktionsmöglichkeiten für GB)
2. Gewalt gegen Frauen → Rechtsanspruch an Frauenhausplätzen
3. Soziale und medizinische Daseinsvorsorge (Frauengesundheit sichern, Erhalt von Geburtsplätze, -stationen, Schwangerschaftsabbrüche straffrei durchführen)
4. Technische Daseinsvorsorge (Mobilität, Infrastruktur).

Einige Nachfragen aus dem Plenum leiteten bereits zur Paneldiskussion über:

So wurde erfragt, ob die Studie auch in anderen Bundesländern Zustimmung fand. Diese wurde von den Referentinnen der BAG bestätigt. Auch wenn man die Unterschiede in Ballungsgebieten, wie NRW beachten müsse, deckte sich die Rückmeldung in den ländlichen Räumen. Weiterhin stellte eine Teilnehmerin sich die Frage, ob eine bessere Mobilität die vorwiegend von Frauen geleistete Carearbeit zementieren würde. Hier stellten die Referentinnen heraus, dass es vor allem um eine Verbesserung der Alltagssituationen für Frauen und die Stärkung ihrer Unabhängigkeit gehe. Aufklärung und Sensibilisierung für die Situation von Frauen im ländlichen Raum wurden als wichtige Faktoren benannt.

Im Rahmen einer sich daran anschließenden Paneldiskussion zwischen Julia Hohmann (Vorsitzender des Landesfrauenrat Thüringen), Christiane Schmidt-Rose (Landrätin Weimarer Land), Gabi Ohler (Landesgleichstellungsbeauftragte), Roswitha Bocklage (BAG), Ulrike Quentel (Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Gleichstellungsbeauftragter) sind folgende Ergebnisse festgehalten:

**„Gleichstellungsarbeit wird oft übersehen.“**, so konstatiert die Vorsitzende des Landesfrauenrates, Julia Hohmann. Viele Fragen der Daseinsvorsorge seien auch Gleichstellungsfragen, Gleichstellung habe im politischen Rahmen jedoch noch immer mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen. Nach ihrer Auffassung liefere die Studie der BAG einen zahlenmäßigen und faktenbasierten Beweis bislang bekannter, aber zu wenig beachteter Themen.

Nach Auffassung der Landrätin Frau Schmidt-Rose leide der ländliche Raum vielmals unter einer schlechten Anbindung. Auch politische Entwicklungen, wie das 9€-Ticket, erzielten keine/kaum Wirkung auf dem Land. **„Daseinsvorsorge ist im ländlichen Raum relevant.“**, so die Landrätin. Es bedarf auch einer intakten Infrastruktur und Krankenhausversorgung. Hierzu zähle auch eine geeignete Netzanbindung, damit sowohl Frauen als auch Männer von Zuhause arbeiten können (Home Office, mobiles Arbeiten), um dem Thema Gleichstellung gerecht werden zu können. Auch müssten homosexuelle und queere Personen im ländlichen Raum berücksichtigt werden. Und auch ein Blick in die kommunalbehördlichen Strukturen sei notwendig: Dort seien vorwiegend weibliche Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt,

jedoch nur wenige Männer. Auch vertrete die Landrätin die **Auffassung „Frauen müssen raus aus der Komfortzone.“** Denn nur, wenn Frauen beginnen würden, ihre Probleme anzusprechen, sichtbar zu machen und sich selbst engagierten, könne Veränderung stattfinden.

Die Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Gleichstellungsbeauftragter, Ulrike Quentel, entgegnet dem: **„Regionalentwicklung ist viel mehr als nur ÖPNV-Ausbau.“** Gleichstellungsarbeit müsse multidisziplinär gedacht werden, jedoch funktioniere im behördlichen Bereich zum Teil die Einbindung der Gleichstellungsbeauftragten kaum. Dennoch sei spürbar, dass die Folgegeneration Beschäftigter im öffentlichen Dienst, gleichstellungspolitisch affiner sei, daher läge hierin auch eine Chance, Zugänge zu Themen, wie z.B. zum Städtebau oder Stadtplanung zu erhalten.

Dennoch falle die politische Beteiligung von Frauen in Parteien, Gemeindeverbänden, Gremien, etc. in Thüringen relativ gering aus und sei nur marginal gestiegen. Frauen seien weiterhin durch Sorgearbeit wesentlich belasteter. Weitere Belastungen, durch Ehrenämter oder politische Ämter, seien durch Frauen kaum zu tragen. Daher beteiligte sich der Wartburgkreis am **Aktionsprogramm Kommune „Mehr Frauen in die Politik“** (<https://www.frauen-in-die-politik.com/>). Ziel sei es, vor allem jüngere Frauen an die Seite von erfahrenen Kommunalpolitikerinnen zu stellen, um die Regionalentwicklung voranzutreiben. Es müsse sich aber noch einiges tun: So müssten Verwaltungsspitzen Gleichstellung auch zu ihrem originären Themenfeld machen. Die Gleichstellungsbeauftragte könne dann im Detail auf Veränderung hinwirken. Hierzu sei aber auch der Ausbau von Netzwerken notwendig. Die Situation der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten stelle sich aktuell so dar, dass die Aufgaben kaum zu bewältigen sind.

Roswitha Bocklage unterstrich die Auffassung von Ulrike Quentel: **„Gleichstellungsarbeit will konstruktiven Beitrag zur Lösung von Problemfeldern leisten.“** Hierzu zählten Lösungen für u.a. Mobilitätsproblemen, Digitalisierung, Personalentwicklung, Marketing. Demnach stellt die Gleichstellungsarbeit eine Querschnittsaufgabe dar: **„Gleichstellungspolitik zahlt ein in die Entwicklung von Lösungen.“** Ostdeutschland käme in der Regionalentwicklung ein besonderer Fokus zu: Hier seien die Kinderversorgungsstrukturen besser aufgebaut, Frauen häufiger in Führungspositionen und häufiger erwerbstätig.



Paneldiskussion zwischen (v.l.n.r.): Julia Hohmann (Vorsitzender des Landesfrauenrat Thüringen), Christiane Schmidt-Rose (Landrätin Weimarer Land), Gabi Ohler (Landesgleichstellungsbeauftragte), Roswitha Bocklage (BAG), Ulrike Quentel (Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Gleichstellungsbeauftragter);  
Foto: Friederike Theile

Die Landesgleichstellungsbeauftragte Gabi Ohler ergänzte zusammenfassend: **„Nicht zuletzt die Pandemie hat gezeigt: Es braucht einen spezifischen Blick auf Frauen – und ihre Probleme“**. Sie konstatierte, dass die Frage gestellt werden müsse, wie politisch dazu beigetragen werden kann, dass sich die Situation für Frauen verändert. Man müsse den Blick auf die Problemfelder in den Kommunen, in der Kommunalpolitik und den Sozialstrukturen vor Ort wenden und Lösungen finden.

In der sich daran anschließenden Plenumsdiskussion wurden folgende Themen debattiert: Nach Auffassung der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Erfurt müsse die Stadt aufs Land geholt werden. Im ländlichen Raum seien die Bedarfe nach kulturellen, gemeinschaftliche Veranstaltungen vorhanden, jedoch existieren kaum räumliche und organisatorische Gegebenheiten. So mangle es an **Begegnungsorten für Frauen** und v.a. für junge Mütter. Dies sei vor allem problematisch bei fehlender **Infrastruktur** und **Mobilität**. Hinzu kämen konservative Frauenbilder und Rollenbilder im ländlichen Raum. Es sei daher viel Aufklärungsbedarf erforderlich. Frauen hätten weiterhin die Sorge, dass ihre Belange ins Abseits geraten. Entscheidungen über frauenpolitische Themen würden zu oft am Stammtisch getroffen, an dem die Frauen, die Sorgearbeit leisten, nicht teilnehmen könnten.

Die Sprecherin der LAG kommunaler Gleichstellungsbeauftragter, Ulrike Quentel, bestätigte dieses Bild: Die **Sorgearbeit** liege noch immer im Wesentlichen bei den Frauen, v.a. im ländlichen Raum. In den jüngeren Generationen sei jedoch eine **Veränderung in der Rollenverteilung** zu spüren.

Die Regionsgeschäftsführerin für Thüringen des DGB Hessen-Thüringen, Renate Licht, räumte ein, dass die regionale Anbindung an die Städteentwicklung zu berücksichtigen sei. So könne eine **Abstimmung von ÖPNV-Anbindungszeiten** sinnvoll sein, um den ländlichen Raum anzubinden. Es sei weiterhin zu beachten, dass eine Vielzahl an Gemeinden/Kreise zu klein sind, als dass eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte dort benannt wäre. Demnach müssten Frauen sich an die nächsthöhere GB wenden. Diese sei oftmals jedoch nicht bekannt, daher müsse der **Bekanntheitsgrad der GB** gestärkt werden.

Julia Hohmann vom Landesfrauenrat ergänzte, dass Rollenbilder von Frauen vor rund 150 Jahren manifestiert worden sind. Es bedürfe daher des politischen Gesprächs. Frauen müssten in die Politik, um die Belange von Frauen zu vertreten. Hier müsste sich die Frage stellen, ob und wenn ja, welche **Hilfestellung/Rückendeckung Frauen** benötigen, um aus ihrem verdichteten Alltag auszubrechen.

Ergänzend führte sie aus, dass die Frauen- und LSBTIQ-Bewegungen ähnliche Ansätze und Zielrichtung hätten, weswegen man diese **gleichstellungspolitisch zusammenführen** sollte.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Mühlhausen, Cornelia Weingardt, gab zu Bedenken, dass sich die Frage stelle, was Frauen abgeben wollen. Wenn Frauen ihre **Care-Aufgaben** nicht abgeben wollen, sollten dennoch die **Möglichkeiten** geschaffen werden, dass sie sich gut **miteinander vereinbaren** lassen.

Nach Auffassung von Rowitha Bocklage habe die Generation Z „keinen Bock auf konservative Familien- und Rollenbilder“. In Zeiten des Fachkräftemangels müsse es sich die kommunale Gleichstellungsarbeit zum Ziel machen, **konservativen Familienbildern den Kampf anzusagen**. Die queere Bewegung zeichne die gesamte geschlechtliche Vielfalt ab und sei daher als Verbündete zu verstehen. Hierbei sollten auch die Hintergründe, aus denen die Frauenbewegung ihre Anfänge nahm, beachtet werden.

„**Politik** muss es sich zur Aufgabe machen, Frauen zu fördern.“, so Gabi Ohler. Sie führte hierzu aus, dass es spezifischer **Strukturen**, wie Mentoring-Programme, bedürfe. Neben einer gewissen Eigenverantwortung, bedürfe es aber auch regulativer Entwicklungen, durch z.B. gesetzliche Rahmenbedingungen, weswegen die anstehende **Gesetzesnovellierung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes** ein wichtiger Bestandteil sei.

Die Landesgleichstellungsbeauftragte schloss die Plenumsdiskussion und dankte den Teilnehmenden für die ergiebige Diskussion.